

Eine Rechtfertigung der Regierung.

Die mehrheitssozialistische „Vol. Parl. Nachr.“ berichten: Aus Bremen liegen neue Nachrichten nicht vor. Der amtliche Telephonverkehr ist gesperrt worden, weil verhölet werden soll, daß unwahre Gerüchte in die Welt dringen und Sensationsfälschungen entfesseln. Die Ereignisse haben aber nur zu sehr das Vorgehen der Regierungstruppen gerechtfertigt. Die Bremer kommunistische Regierung hat am Montag um ein Uhr mittags abgelassen; mer aber ihrer Lösung nicht folgte, das waren ihre eigenen Anhänger. Die „Freiheit“ behauptet, daß die Regierung in brutaler Form und völlig unnötig eine blutige Entscheidung in Bremen herbeigeführt habe. Sie behauptet, die Bremer Kommunistenregierung sei bereit gewesen, auf Grund des Stimmverhältnisses bei den Wahlen für die A- und E-Mitte in die Bildung der neuen Regierung einzuwilligen. Die Regierung will aber nicht die Bildung einer Regierung auf Grund der Wahlen der A- und E-Mitte, sondern auf Grund der Wahl der Nationalversammlung, weil sie die Demokratie über die diktatorische Gewalt stellt. Dieser Standpunkt wird in derselben Nummer der „Freiheit“ durch ihren Chefredakteur gerechtfertigt. Er schreibt: „Dabei die Lösung, den Arbeiterpolitischen Rechte zu geben, die schließlich zur Formel führte: Alle Macht den Arbeiterräten! Wir halten diese Lösung für verfehlt. Sie widerspricht den alten Grundfäden der Demokratie, indem sie einen Teil des Volkes von dem Mitbestimmungsrecht ausschließt. Die Ausschließung irgend welcher Bevölkerungsstelle von der politischen Mitwirkung treibt dieses in die äußerste Opposition. Die Formel einigt das Proletariat nicht, sondern spaltet es!“

Straßenkämpfe in Kiel.

Kiel, 5. Febr. Etwa 2000 Arbeiter, die an einer Versammlung des Spartakusbundes, des Roten Soldatenbundes und der Unabhängigen teilgenommen hatten, zogen heute mittag zum Gouverneur, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft sowie die Einstellung der Lebensmittelzufuhr für die nach Bremen gegangene eiserne Division zu fordern. Letzteres hatte der Gouverneur bereits vorher einem Arbeiterausschuß zugesagt. Als mehrere Gruppen in eine der naheliegenden Kasernen eindringen wollten, gaben die Sicherheitsmannschaften Feuer, wobei eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurden. Kiel, 5. Febr. Bei der heutigen Schießerei in der Nähe des Gouvernementsgebäudes wurden vier Zivilisten und ein Matrose getötet, sowie acht Zivilisten und vier Marineleute verwundet. Im Anschluß an diese Vorgänge wurden große öffentliche Versammlungen der Arbeiterschaft abgehalten, in denen für morgen der Generalstreik beschlossen wurde.

Skandalöse Vorgänge in Düsseldorf.

Düsseldorf, 5. Febr. Zwischen den Vertretern der Düsseldorf-Beamtenverbände und der bürgerlichen Berufsorganisationen einerseits und dem Vollzugsausschuß des Arbeiterrates andererseits fanden heute vormittag Verhandlungen im Düsseldorf-Posthaus statt. Nach längerem Erdreuten erklärte plötzlich gegen 12 Uhr der von dem Vollzugsausschuß eingesezte Oberbürgermeister Schmidt, daß die bürgerlichen Unterhändler verhaftet seien. Die Mitglieder des Vollzugsausschusses, die soeben eine Nachricht aus Hamburg erhalten hatten, zeigten sich sehr aufgeregt und erklärten, daß sie die Schuld für alle Folgen der Bürgerhaft auflegten. Verhaftet sind vier Herren von den Beamten- sowie Berufsorganisationen und zwei Herren der Presse, die zur

Berichterstattung anwesend waren. Die Verhafteten wurden nach dem Gefängnis gebracht, welches, wie es heißt, in der vergangenen Nacht vollständig geräumt worden ist. In der Altstadt stehen in den Straßenübergängen Maschinenengewehre und Posten der Spartakisten. Große Mengen Arbeiter versammeln sich im Volkshaus. Die vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen haben ihrerseits einen Vollzugsausschuß gebildet. Die Beamten der Post, des Telegraphen- und Fernsprechanstaltens und der Eisenbahn haben um 12 Uhr den Betrieb eingestellt. Auch zahlreiche Privatbetriebe, Geschäfte und Gastwirtschaften sind bereits geschlossen. Von den städtischen Anstalten arbeiten vorläufig noch diejenigen der Straßenbahn, des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswesens. Die bürgerliche Presse hat ihr Erscheinen eingestellt. Die Erregung in der Bürgererschaft über die brutale Verhaftung ihrer Vertreter ist außerordentlich groß. Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrates hat Anschläge verbreitet, worin er anordnet, daß alle Gasthäuser, Vergnügungstätten und Theater von 2 Uhr ab geschlossen sind. Er setzte Streikbrecher zur Bedienung seiner Fernsprech- und Telegraphenzentrale ein. Der Arbeiterausschuß der rheinischen Metallwarenfabrik hat heute vormittag den größten Teil der Arbeiter bewaffnet, welche die Büroräume besetzten, um die Beamten an der Niederlegung der Arbeit zu hindern.

Zur Lage.

Arbeiterräten in Sachsen.

Im Reiche ist eine Vorlage in Vorbereitung, die die Errichtung von Arbeiterräten im Bereiche des Bergbaues und der Schwerindustrie vorsieht. Für die sächsische Industrie, die ja in der Hauptsache zur verarbeitenden zählt, würde diese Regelung nicht in Frage kommen. Das sächsische Arbeitsministerium will aber versuchen, von sich aus im Lande Arbeiterräten zu schaffen. Es hofft, daß diese Einrichtung einen wesentlichen Fortschritt bedeuten würde. Die Organisation der Arbeiterräten würde sich zweifellos an die bestehenden Kreisbauernvereinigungen anschließen, genau wie die Handels- und Gewerbetarben, mit denen ja die Arbeiterräten in vielen wesentlichen Fragen zusammenarbeiten müssen. Der alte Streit, ob Arbeiterräten oder Arbeiterparlamente geschaffen werden sollen, kommt endgültig zugunsten der letzteren entschieden zu sein.

Randhandarbeiten in Sachsen.

Der Landtag hat, wie erinnerlich, für Randhandarbeiten 75 Millionen Mark bewilligt. Angesichts der Finanznot des Landes ist aber das Gesamtministerium der Ansicht, daß jetzt nur solche Randhandarbeiten durchgeführt werden können, die einem dringenden Bedürfnis entsprechen. Das Finanzministerium hat u. a. auch angeordnet, daß der Hallenbau in Dresden Zwinger reich vorerst nicht ausgeführt, sondern seine Durchführung in das Ermeßen der Volkshausverwaltung gestellt wird. Die Frage der Randhandarbeiten ist dadurch besonders verwickelt, daß die Kompetenzen zwischen den einzelnen Ministerien nicht genügend abgegrenzt sind. Soweit es sich dabei um Arbeiterfragen handelt, ist das Arbeitsministerium, soweit aber die Vergütung von Arbeitern in Frage kommt, das Wirtschaftsministerium zuständig. Außerdem hat in jedem Falle das Finanzministerium ein maßgebendes Wort mitzureden. Die beteiligten Minister sind deshalb abereingekommen, alle diese Angelegenheiten vorerst gemeinsam zu erledigen.

Ein Gegenwurf gegen den Vandalentwurf

Die „Deutsche Ill.“ jhr.“ meldet: Das Deutsches Reich hat einen Entwurf ausgearbeitet, durch dessen Bestimmungen dem Arbeiter-

mangel auf dem Lande abgeholfen werden soll. Dieser ist den Vollsbeauftragten zugegangen. Er enthält nichts über eine Entziehung der Lebensmittelkarten.

Das Schicksal des alten Reichstages.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt eine Verordnung über die Zahlung der Aufwandsentschädigung an die Mitglieder des Reichstages, in der es heißt: Hinsichtlich der Zahlung der den Mitgliedern des Reichstages nach dem Gesetz vom 21. Mai 1906 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1918 zustehenden Aufwandsentschädigung ist der Reichstag als am 9. November 1918 aufgelöst anzusehen.

Eine amerikanische Kommission in Berlin.

Vor einigen Tagen ist eine amtliche amerikanische Kommission in Berlin eingetroffen, um sich über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu unterrichten. Die von ihr gewonnenen Einblicke dürften dann der amerikanischen Regierung als Grundlage für ihre Stellungnahme bei den Friedensverhandlungen dienen. Die Kommission steht unter der Führung des früheren amerikanischen Marineattachés in Berlin Kapitän Gerard. Sie hat das Gebäude der amerikanischen Botschaft, das bisher der spanischen Vertretung anvertraut war, wieder übernommen. Damit ist wohl auch der Anfang zur Wiederaufnahme der Beziehungen, wenn auch vorläufig auf nicht formellem Wege, gemacht.

Spzialrat hat sich wieder.

Für die kommende Woche sind in Berlin zum ersten Male wieder öffentliche Spzialratversammlungen eingeberufen. Im Anschluß daran soll, wie Flugblätter in den Fabriken auffordern, auf die Straße gegangen werden. Die bewaffnete Macht in der Reichshauptstadt hat Befehl erhalten, Demonstrationen in den Straßen Berlins nicht zuzulassen.

Die polnische Gefahr.

Wie der „Schlesischen Zeitung“ gemeldet wird, haben die Polen am Dienstag die Bahnlinie Woiwoda-Kawitsch angegriffen, so daß der Zugverkehr zwischen Wreslau und Wissa, der letzten noch in deutschen Besitz befindlichen Station auf der Strecke Wreslau-Polen, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Strecke zwischen Woiwoda und Kawitsch ist, wie weiter gemeldet wird, unterbrochen. Friedrichswiller und Zarne bei Kawitsch waren Dienstag noch in unserer Hand. Bei Wreslau haben die Polen die Bahnlinie gesprengt. Der deutsche Gegenangriff wurde sofort abgelehnt und die gesprengte Bahnstrecke wieder hergestellt. Von Wissa aus hat ein Panzerzug in den Kampf eingegriffen.

Asquith über den Völkerverbund.

Nach englischen Mätern hielt Asquith am Sonnabend in der Albert Hall in London eine Rede über den Völkerverbund, worin er sagte: Dem Völkerverbund sollten keine geographischen Grenzen gezogen werden. Er muß eine Weltorganisation haben; in dieser Form wurde er auch von den Staatsmännern auf der Pariser Konferenz grundsätzlich angenommen. Vor allem ist es notwendig, daß die Souveränität der Staaten, die dem Völkerverbund angehören, intakt gelassen wird. Unter dieser Voraussetzung sollte der Völkerverbund als letzte und kontrollierende Autorität in internationalen Streitigkeiten anerkannt werden. Wenn die Hoffnungen, welche man auf den Völkerverbund setzt, verwirklicht werden sollen, so muß für die allgemeine Abschaffung der Dienstpflicht gesorgt werden, welche die Dauerfrist für die Teilnahme der Welt war. Vor den Schwierigkeiten einer internationalen Polizei dürfen wir nicht zurückweichen. Viele Menschen lieben den Völkerverbund in ihrem Inneren, sie scheitern aber, aber wie würden die Verhältnisse werden, wenn kein Völkerverbund geschlossen würde? Man

muß vor allem an die Folgen des wissenschaftlichen Ausbaues der Fertigungsmittel denken. Wir haben in diesem Kriege schon schreckliche Dinge erlebt, aber sie waren nur die Anfänge der Anwendung früher ungekannter Methoden. Man darf nicht glauben, daß wir am Vorabend eines tausendjährigen Freundschaftsreiches stehen. Im Gegenteil, je größer die Zahl der Staaten ist, mit denen man zu tun hat, desto größer sind die Möglichkeiten zu Zusammenstößen. Es gibt nur einen Weg und der ist der Völkerverbund.

Die nächsten Aufgaben der sächsischen Volkshausverwaltung.

In einer am Dienstag nachmittag gehaltenen Sitzung des sächsischen Gesamtschulministeriums wurde in der Hauptsache der Arbeitsplan der gegenwärtigen provisorischen Regierung für die nächste Zeit beraten. Zunächst wird das Gesamtschulministerium sofort nach Zusammentritt der Volkshausverwaltung seine Portfeuille zur Verfügung stellen, aber die Geschäfte noch so lange weiter führen, bis das Gesetz über die Neubildung der Regierung, das die erste der Volkshausverwaltung zugehörige Vorlage sein wird, angenommen sein wird. Diese neue Regierung wird dann eine Vorlage über eine neue sächsische Verfassung einbringen, die aber erst endgültig Annahme finden kann, wenn die Reichsverfassung angenommen worden sein wird. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sich die Kammer mit der Erledigung von Notgesetzen zu befassen haben.

Für die neue Regierung ist ein aus 7 Fachministern und 3 Ministern ohne Portfeuille bestehendes Kabinett vorgesehen, in dem die letzteren die politische Leitung und im besonderen die Verhandlungen zwischen der sächsischen und der Reichsregierung zu führen haben werden. Ein Koalitionsministerium, das aus Vertretern aller Parteien zusammengekehrt wäre, hält man für ausgeschlossen. Dagegen sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auf eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Demokraten hingearbeitet wird.

Das amtliche Ergebnis der sächsischen Volkshauswahlen.

Erster Wahlkreis (Dresden-Ostschlesien)

Abgegeben wurden für die Sozialdemokraten: 381 972 Stimmen (17 2/3 %), Deutsche demokratische Partei 159 109 Stimmen (7 1/2 %), Unabhängige 57 990 Stimmen (2 7/8 %), Deutsche Volkspartei 84 615 Stimmen (4 1/4 %), Christl. Volkspartei 16 600 Stimmen (0 7/8 %), Deutschnationale Volkspartei 119 263 Stimmen (5 5/8 %).

Zweiter Wahlkreis (Leipzig-Nordwestschlesien)

Deutschnationale Volkspartei 75 681 Stimmen (3 1/2 %), Christl. Volkspartei 2536 Stimmen (0 1/4 %), Deutsche demokratische Partei 160 539 Stimmen (7 1/2 %), Sozialdemokraten 97 245 Stimmen (4 1/4 %), Unabhängige 219 092 Stimmen (10 1/2 %). Es stehen noch die Meldungen aus zwei kleinen Bezirken aus.

Dritter Wahlkreis (Chemnitz-Südwestschlesien)

Sozialdemokraten 116 487 Stimmen (21 1/2 %), Deutsche demokratische Partei 173 236 Stimmen (31 1/2 %), Deutschnationale Volkspartei 112 933 Stimmen (20 1/2 %), Unabhängige 78 720 Stimmen (13 1/2 %), Christliche Volkspartei 2653 Stimmen (0 5/8 %).

Demnach setzt sich die sächsische Volkshausverwaltung aus 42 Sozialdemokraten, 22 Deutschen Demokraten und 4 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei zusammen.

Bühnensterne.

Kriminalroman von M. Koffak.

Er begleitete sie vor das Gebäude, wo zahlreiche Fräulein und Autos standen, aber leider waren sie nicht, und Felix Offers fand sich genötigt, den Portier fortzuschicken, um einen Wagen holen zu lassen. Während die beiden jungen Leute seiner Ankunft harzten, sahen sie, wie ein alter Herr, dessen verlebtes Gesicht einen widerwärtigen Gegenstand zu der gelochten jugendlichen Kleidung bildete, aus dem Portal trat und sich suchend umschaute. Er war auffällig dürr und die hellgrünen Vesten seiner schlotterten um seine etwas eingeknickten Arme, es machte den Eindruck, als wären ihm die sämtlichen Kleider heruntergerutscht oder als wäre er mit seiner Toilette noch nicht fertig geworden, bevor er sich zum Ausgehen angesetzt hatte. Doch mochte dieser Effekt wahrscheinlich beabsichtigt sein zum Zweck des Stills, der zur Zeit unter den alten Wiener Lebensmännern Mode war. Auf dem schmalen Kopf trug er keinen Hut, und man konnte daher erkennen, wie sorgfältig die wenigen Haare über seine Stirn gestülpt waren.

„Gelächter Keil!“ murmelte Felix, während er ihn hinteren Auges beobachtete.

Frida war im Grunde ganz seiner Meinung, aber ihr gutes Herz trieb sie dennoch, den alten Aristokraten zu verteidigen. „Er ist gewiß schon recht hübsch und darum sieht er so schlotterig aus“, meinte sie.

„Hübsch!“ Felix lachte kurz auf. „Um so schlimmer, wenn so ein — er stochte, denn aus dem Portal trat eine jugendliche Gestalt — Anita Brusta — in einem langen, weiten Sportpaletot, mit einem kleinen Hut auf dem schwarzen Lockenhaar. Ihre strahlenden Augen glänzten in der ungeheuren Beleuchtung wie Diamanten, und das feine Oval ihres Gesichts hob sich silhouettenartig von dem Hintergrund der Hausmauer ab. Der Alte war auf sie gekommen, und beide sprachen in Flüsterton zusammen. Dann war er ihr beim Einsteigen behilflich, schloß den Wagenschlag und

winkte ihr, was sie ebenso erwiderte, mit der Hand einen Gruß zu, indes das Gefährt sich in Bewegung setzte. Alsdann verschwand der Alte im Portal des Hauses. Als er an Felix und Frida vorübertrieb, verpflüchtete er einen intensiven, eigenartigen Geruch, der von einem Parfüm herrieherte. Es war eine Mischung von Patchouli, Juchtenleder und Sialgeruch — Koroloff's nannte man dies von der vornehmen männlichen Lebewelt viel gebraucht, für die Nase eines nicht daran Gewöhnten nichts weniger als angenehme Affiniosche Parfüm.

Frida's Blick suchte angestrichelt den ihres Verlobten, der mit haßerfülltem Ausdruck noch immer auf der Stelle ruhte, wo der Alte verschwunden war, aber es gelang ihr nicht, ihn zu fangen. Ungewöhnlich hatte er ihre Gegenwart völlig vergessen. Als Frida's Blick endlich vorüber, schreute er wie ein aus schweren Träumen Erwachender einpor.

„Wohin, Kind“, sagte er, sie hastig küßend. „Dann trieb der Kutscher die Pferde an, und der Wagen fuhr durch die abendlichen Straßen Frida's an der Hauptstraße im dritten Bezirk liegender Wohnung zu.“

„Wie kalt sein Fuß war!“ dachte das Mädchen, indes ihr die Tränen in die Augen traten. „Ach, wie sie ihn liebte, den hübschen Deutsch-Italiener, dessen Braut sie sich nannte! Wie sie ihn liebte! Und er —“

„Er wird, er muß mich ebenso lieben!“ sagte sie sich. „Wenn ich nur erst seine Frau bin, wird er jene andere vergessen. Wären der Graf und sie nur erst verheiratet und wir weit fort von ihnen.“

2. Kapitel.

Ebenfalls am „Graben“, nicht weit von den „Kaiserhallen“ entfernt, lag ein großes Haus, über dessen Fassade in großen, weißlich-schwarzen Buchstaben die Worte „Wilson-School“ zu lesen waren. Dort im zweiten Stock befand sich eine Sprachschule, in der Erwachsenen nach einer besonderen Methode Unterricht in so ziemlich allen lebenden Sprachen erteilt wurde. Ausschließlich eingeborene Lehrer desjenigen Landes, dessen Mundart man erlernen wollte, gab es ihn.

den Räumen des Lokals herrschte ein lebhaftes Getöse. In dem Bureau, in das man durch den großen Vorraum trat, saßen an einem runden Tisch drei Damen, die Gattin des Inspektors, eine noch jugendliche Frau und geborene Französin, welche zwei jungen Mädchen, die als Schreiberinnen angelernt waren, Anweisungen erteilte, indes der Inspektor selbst die Hommes des Instituts machte und neue Schüleranmeldungen entgegennahm. Rechts vom Bureau befand sich ein großer, elegant möblierter Saal, in dem die Schüler und Schülerinnen des Glöckenschlages harrten, in dem ihre Lektion beginnen sollte.

Unter ihnen saß eine elegante Dame von etwa zwei oder dreißig Jahren deren Neuhäres die Künstlerin verriet. Sie war mittelgroß, ziemlich voll, aber nicht fippig, vielmehr hatten die Formen etwas Knabenhaftes, was noch durch jene Art der Kleidung erhöht wurde, die man seßhaftlich zu nennen pflegt. Die Losen, leicht schlängelnden Gewänder, der riesige Federhut auf dem kurzgeschneitten, lockig gebürsteten Haar, die fein abgestimmten Farben der Toilette und nicht zum mindesten die unbefangene Sicherheit ihres Beweisen waren samt und sonders so liberant Charakteristisch für jene Art bildender Künstlerinnen, die man in den Weltkreislagen großer Städte in Massen antreffen pflegt und die sich bereits Namen und Geld genug erworben haben, um auch nach außenhin mit Geduld ihren künstlerischen Liebhabereien Ausdruck geben zu können.

Als die Glocke elf schlug, trat der Inspektor in den Saal und bat die Dame, ihn zu folgen. Beide schritten durch das Bureau in ein wahres Labyrinth von Gängen und Zimmern über richtiger Zellen, die mittels breiteren Wänden aus grobem Mauerwerk abgetrennt waren. In jedem Winkel standen ein Tisch und ein paar Stühle, sonst nichts. An der Wand hing eine große Tafel, sonst der ein Still Kreide lag. In eine dieser Zellen führte der Inspektor die Dame und verließ sie dann ohne ein weiteres Wort.

Die Dame aber fand sich einem jungen Herrn vom südländischen Typus gegenüber, ihrem italieni-

schen Lehrer, bei dem sie heute die erste Unterrichtsstunde nehmen sollte. Daß Lehrer und Schülerinnen einander vorgestellt wurden, war in der Wilson-School nicht üblich. Dann setzten beide sich an den Tisch einander gegenüber und der Unterricht begann.

Der Lehrer fragte die Dame in italienischer Sprache, ob sie bereits etwas italienisch wiesse, worauf sie ihm ziemlich gelächig erwiderte, daß sie vordem schon in Stuttgart einige Vorkenntnisse in seinem heimlichen Idiom erhalten habe, und zwar ebenfalls in einer Wilson-School. Darauf unterhielten sich beide über allerhand gleichgültige Dinge, da es dem Italiener vor allem daran lag, zu erfahren, wie weit seine neue Schülerin seine Sprache beherrschte. Er selbst sprach sehr wenig Deutsch, es war ihm kaum möglich, auch nur die einfachste Sache darin zu sagen. Bald wurde das Gespräch lebhafter. Lehrer und Schülerin fanden offenbar Gefallen aneinander und namentlich die Dame schätzte sich von dem hübschen, eleganten jungen Mann mit dem südländischen blaßrötlichen schmalen Gesicht stark angezogen. Seine anmutigen Bewegungen und sein ganzes Wesen gefielen ihrem Malerauge. Im Verlauf nannten sie sich gegenseitig ihre Namen und erzählten einander, woher sie waren und was sie trieben. Sie war eine Frau Hardegg, welche sich in der Voraussicht eines längeren Aufenthaltes in Italien in der Sprache dieses Landes zu vervollständigen wünschte und er die Frau Lang, stammte aus Neapel und war seit acht Wochen Lehrerin in der hiesigen Wilson-School. Im verflochtenen Winter hatte er die nämliche Stellung in Berlin bekleidet.

„Wo habe ich dies Gesicht nur schon gesehen?“ dachte Paula Hardegg, indes sie ihr Gegenüber interessiert betrachtete. Sie grübelte und ging im Geist alle Bekanntschaften durch, die sie in letzter Zeit gemacht, doch war ein Italiener nicht darunter. In Berlin war er schon seit drei Jahren nicht gewesen und er vermag nicht zu sagen, ob er vorerwähntes Jahr nach der deutschen Reichshauptstadt gekommen war, deutschen Boden nicht betreten hatte.

Verordnung über Wiedereinstellung von Angefallenen.

Am 23. Januar 1919 ist die seit langem erwartete Verordnung der Reichsregierung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angefallenen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung ergangen. Die wichtigsten Bestimmungen, auf deren Verbreitung im Interesse aller Beteiligten das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung den größten Wert legt, lauten:

Einstellungspflicht.

Betriebsunternehmer und Bureauinhaber einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts sind nach § 2 der Verordnung verpflichtet, diejenigen Kriegsteilnehmer einzustellen, welche bei Ausbruch des Krieges bei ihnen beschäftigt bzw. wegen Ableistung der Dienstpflicht bei ihnen ausgeschieden waren oder nach Ausbruch des Krieges von ihrer ersten Arbeitsstätte als Angefallene unmittelbar in den Wehrdienst eingetrennt sind. Demgemäß sind auch Betriebsfremde einzustellen. Die Wiedereinstellungspflicht ist nicht an eine bestimmte Betriebsgröße gebunden. Sämtliche Betriebe und Bureaus, auch solche mit weniger als zwanzig Angestellten, sind zur Wiedereinstellung verpflichtet.

Rechtsfrist.

Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Angefallenen sich nicht binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung, also bis 7. Februar, zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihren früheren Arbeitgebern melden. Die Frist beginnt für Kriegsteilnehmer, die bei dem Inkrafttreten der Verordnung noch nicht aus dem Militärdienst entlassen sind, mit dem Tage ihrer ordnungsmäßigen Entlassung. Für bereits entlassene Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung bei Berufs- oder Bundesverbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden, beginnt diese Frist mit dem auf ihre ordnungsmäßige Entlassung aus diesen Verbänden folgenden Tage.

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die beim Inkrafttreten der Verordnung bei ihnen beschäftigten Angefallenen weiter zu beschäftigen, soweit diese auf Erwerb angewiesen sind und nicht während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind. Angefallenen, die während der Kriegszeit in einem anderen Ort zugezogen sind, darf nicht zu einem früheren Termine als zum 28. Februar 1919 gekündigt werden.

§ 8 Absatz 1 bestimmt: Ist einem Angefallenen in der Zeit von 1. November 1918 bis zum 31. Dezember 1918 oder zu einem späteren Zeitpunkt bis zum 28. Februar 1919 einschließlich gekündigt worden, so ist die Kündigung unzulässig, wenn ihre Aufhebung innerhalb zweier Wochen nach dem Inkrafttreten der Verordnung von dem Angefallenen bei dem Arbeitgeber verlangt wird.

Wiedereinstellungspflicht der Kriegsbetriebe.

§ 11 bestimmt: Die Demobilisierungsausschüsse sind befugt, Unternehmer solcher Betriebe und anderer solcher Bureaus, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern als Angestellte zu verpflichten, auch wenn die Voraussetzungen des § 2 nicht vorliegen.

Eine Pflicht zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung besteht nicht, auch nicht für die Kriegsbetriebe, soweit ihre Durchführung infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich ist.

Für die Durchführung im einzelnen nimmt die Verordnung, analog der Verordnung über die Wiedereinstellung von Arbeitern vom 4. 1. 1919, Bezug auf die Verordnung vom 23. 12. 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

Ein Kommentar zu der Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angefallenen, verfaßt von Reinerungsrat Erwin im Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung, wird in Carl Neumanns Verlag in den nächsten Tagen erscheinen.

Derliches und Ländliches.

Der Verurteilte Nr. 578 der sächsischen Armee entnehmen wir folgende Namen: Uble, Hugo, Hohenstein-Ernstthal, l. v.; Mactin, Karl, Hohenstein-Ernstthal, l. v.; Härtig, Max, Bühlertal, verm.; Müller, Theodor Kurt, Gersdorf, verm.; Nusch, Clemens, Bühlertal, verm.; Schulze, Fritz, Hohenstein-Ernstthal, bisher verm., in Gehl. — Die preussischen Verurteilten Nr. 1225 und 1226 enthalten folgende Namen: Sieber, Georg, Oberlungwitz, l. v.; Richter, Paul, Oberlungwitz, verm.; Schneider, Max, Weitzdorf, verm.

Zunächst keine Stürzung der Brotration. Die jetzt vielfach gewünschte Reduzierung, daß in allerhöchster Zeit die angeblich einigermassen betrübende Brotration gekürzt werden müsse, ist vor der Hand unbedenklich. Beim sächsischen Landeslebensmittelamt liegt noch keine Anweisung vor, die Brotration zu kürzen.

Die Startoffelration hat nun bekanntlich doch herabgesetzt werden müssen, einleitend für das ganze Reich. Es ist ein Vorbehalt. Ob unser Bezirk aber im Frühjahr noch Startoffel hat, hängt bekanntlich zum großen Teil davon ab, ob wir die uns noch fehlenden rund 23.000 Ztr. aus den Kreisen Grotz, Koldmin und Rawitz, sämtlich in der sächsischen

hälfte der Provinz Posen gelegen, erhalten. Die Provinz ist in den Händen der Polen. Nur mit den Waffen können wir ihr Vorbringen hindern und wir wollen hoffen, daß es den freiwilligen Grenzschutztruppen im Osten noch in letzter Stunde gelingt, Ordnung im Lande zu schaffen und die Ernährung zu sichern, das ist jetzt die dringendste Aufgabe der Stunde.

Gemeinderatswahlen finden nächsten Sonntag in den meisten Ortschaften unserer Umgebung statt. Hierzu sind in manchen Gemeinden 2, in anderen 3 Vorschlagslisten eingegangen.

Vorläufige Regelung der Kommandogewalt in Sachsen. Eine halbamtliche Diesdener Meldung besagt: Der Erlaß über die vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, den die Volksbeauftragten kürzlich für Preußen und die gemeinsamen Reichsgebiete erlassen haben, ist nunmehr auch mit Änderungen für Sachsen Gesetz geworden. Die Änderungen entsprechen den Wünschen der Soldatenräte des 12. und 19. Korps, sowie der sonstigen Instanzen der Soldatenräte Sachsens. Der Erlaß berücksichtigt sowohl Wünsche der Soldatenräte als auch die Wünsche derjenigen Soldaten, die mit der Auflösung des bisherigen Heeres auch die Auflösung der Soldatenräte ausgesprochen wissen wollten. Der Erlaß legt ferner der Tätigkeit der Soldatenräte, indem er ihre Befugnisse teilweise auch erweitert, diejenigen Grenzen, die zu setzen waren auf Grund der Erfahrungen sämtlicher sächsischer Personen, innerhalb der sächsischen Soldatenräte. Der Erlaß ist besonders bemerkenswert dadurch, daß nichts in ihm einseitig befohlen ist, sondern daß alle Bestimmungen auf Grund kameradschaftlicher Verständigung aufgestellt worden sind.

Kostlandsarbeiten bei der sächsischen Staatsbahn. Zur Wiedering der Arbeitslosigkeit hat die sächsische Staatsbahnenverwaltung den Bau einiger neuer Eisenbahnen in Angriff genommen. Es werden vorant die vollspurigen Nebenbahnen Nabelburg-Elfenstein mit ungefähr 35 Kilometer Länge, Burgen-Elfenstein mit 26 Kilometer Länge und die Schmalspurstraße Röhau-Oberlungwitz mit ungefähr 15 Kilometer Länge. Zur Leitung der Bauarbeiten sind in Nabelburg, Burgen und Röhau bereits Bauämter errichtet worden.

Reuland für die sächsische Landwirtschaft. Eine für die sächsischen Landwirte erquickliche Mitteilung erfährt Wolffe sächsischer Landesdienst. Danach sind bereits von Reichswegen Vorkehrungen getroffen worden, um nicht nur die großen Flugplätze, sondern auch erhebliche Teile der Gärten und Nebengärten der Landwirte zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise werden viele Tausende Hektar Ackerland und Gärten, die bisher wüst lagen, nunmehr für landwirtschaftliche Zwecke nutzbar gemacht. Zur Verringerung der Lebensmittelnot im dichtbesiedelten Sachsen wird dadurch in hohem Maße beigetragen werden, und wo früher nur künstliche Nahrungsmittel erhalten, wird nunmehr der fleißige Landmann seine fruchtverheißenden Furchen ziehen.

Hohenstein-Ernstthal, 6. Febr. In einer von der hiesigen Ortsgruppe der Kommunistischen Partei für gestern nachmittag nach dem Schützenhaus einberufenen Versammlung sprach anstelle des am Erheben verhinderten Referenten Herr Ullrich aus Chemnitz über die Arbeitslosenfrage. Der Redner führte die große Arbeitslosigkeit auf den Zusammenbruch des Krieges, die plötzliche Einstellung der Kriegsindustrie und die Entlassung der Heeresangehörigen zurück. Er forderte in erster Linie Beschäftigungsmöglichkeiten, die in Straßenbauten, Eisenbahnbauten, Wohnungsbau usw. bestehen sollen. Der Referent sprach ferner über die Arbeitslosenfrage, die in Fragen der Arbeitslosenfürsorge, Wiedereinstellung zu schaffen, ab. Er forderte weiter ausreichende Unterstützung, die Errichtung von Nachschulen, in denen die Arbeitslosen ihr berufliches Wissen bereichern können, Bäderhallen und Unterhaltungsräume, Befreiung der Doppelarbeit, Entlassung weiblicher Arbeitskräfte unter Vermeidung von Härten. Mit scharfen Worten wandte sich der Redner gegen das von der Regierung beschlossene Zwangsarbeitgesetz. Die Aussprache bewegte sich im Rahmen der vom Referenten gemachten Ausführungen. Angenommen wurden schließlich drei Resolutionen, in denen man sich u. a. gegen die Einführung eines Zwangsarbeitgesetzes wandte, die Regierung Ernst-Zehedemann als unfähig in Fragen der Wiedereinstellung der Arbeitslosen bezeichnete und von der Stadtverwaltung eine anderen Gemeinden angebotene Unterstützung forderte. Annahme fand weiter ein Antrag, nach dem die Bekanntmachung der Lebensmittelverläufe nur durch Anschlag bekannt gegeben werden soll. In seinem Schlußwort wandte sich der Referent noch besonders gegen die Politik der Wehrwirtschaftsklassen.

Aufschieber Ebene. Der 16jährige, auf der Waisenhausstraße wohnende A. ertrug in einer der letzten Nächte die Bodenlampe eines ebenfalls auf der Waisenhausstraße wohnenden Wäckerlebens und entwendete daraus einen Geldbetrag von 20 Mk. und verschiedene Wäckerlebens. Das unlaubere Sandwerk des Diebes hat A. auch in noch zwei weiteren Fällen ausgeübt.

Einsbruch. In der Nacht zum Mittwoch haben Diebe die Herrn Kohlenhändler Winter gehörige Scheune erbrochen und daraus etwa 70 Pfund Getreide entwendet. Da schon zu wiederholten Malen in die Scheune eingebrochen worden ist, setzt der Besitzer eine Belohnung von 200 Mk. auf die Ermittlung der Täter aus.

Oberlungwitz, 6. Febr. In der gestrigen Gemeinderatsitzung waren sämtliche Gemeinderatsmitglieder anwesend. Beschlossen wurde u. a.: Die Geschäftsräume für die Arbeitslosenfürsorge im Rathaus haben sich infolge der an-

gehäuften Arbeit als nicht ausreichend erwiesen und sollen deshalb nach dem Mädchen-Fortbildungsschulgebäude verlegt werden. Dem Austausch einer größeren Menge von Saatkartoffeln gegen die gleiche Menge gut ausgelesener Speisekartoffeln bei hiesigen Landwirten wurde zugestimmt. Die von der Amtshauptmannschaft angeregte Errichtung einer Milchmehlmühle lehnte man aus Zweckmäßigkeitsgründen für den hiesigen Ort ab. Ueber die erfolgte Anstellung von zwei Schweizern, die die Milchwirtschaft bei den hiesigen Landwirten übernehmen sollen, erstattete Herr Riedel ausführlichen Bericht. Danach sollen die angestellten Leute einen Kontrolldienst ausüben dergestalt, daß sie jederzeit in die Stallungen der Landwirte Zutritt haben, hier und da das Füttern und Melken übernehmen und über den Viehbestand dieses oder jenen Landwirtes schriftliche Aufnahmen machen, so daß der Gemeinderat auf diese Weise zu Angaben gelangt, auf Grund deren er beurteilen kann, ob die abgeforderte Menge Butter den Vorschriften entspricht. Die Tätigkeit der Schweizer soll sich probenartig sein. Dem an Stelle des verstorbenen Herrn Sanitätsrates Dr. Hoffa in unserem Ort praktizierenden Herrn Dr. Proca soll das Amt als Impf-, Hospital-, Schul- und Armenarzt übertragen werden. Die von der Amtshauptmannschaft angeregte Errichtung eines Milchmehlmühlens wurde dem Verfassungsausschuss überwiesen. Berathung wurde die Beschäftigung über ein Geschäft der hiesigen Bekannten um behördliche Anstellung. Ueber seitens der Gemeinde zu leistende Beiträge zu Wohnausneubauten soll zunächst der Bauausschuss beraten. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime Beratung an.

Ullrichstein, 5. Febr. Die Leitung der hiesigen Schule hat beschlossen, ab Ostern 1919 eine besondere Abteilung für Schwachbegabte und vom 5. Schuljahre ab eine solche für Begabte einzurichten. Die letzteren werden nach den Plänen einer Realschule bzw. eines Realgymnasiums unterrichtet, so daß ihnen ein Eintritt in eine ihrem Alter entsprechende Klasse einer höheren Lehranstalt möglich ist.

Staßfurt, 5. Febr. Wegen Unterschlagung amtlicher Wertgegenstände wurde der 50 Jahre alte Postkammermann verhaftet. Er war von einer Militärpatrouille dabei erwischt worden, wie er auf dem Bahnhofe zwei Pakete, die er dem amtlichen Verkehr entzogen hatte, hinter eine Planke versteckte, um sie sich anzueignen.

Chemnitz, 5. Febr. Das Organ der hiesigen Spartakisten veröffentlicht folgende Notiz: Vor reichlich 14 Tagen hat die Verwaltung des Volkshauses nachts einen Ochsen von über 5 Zentnern Schlachtgewicht geschlachtet. Als die Polizei eine Hausdurchsuchung vornahm, fand sie nur noch ein Fass mit 122 Pfund Fleisch vor, das beschlagnahmt wurde. Wohin das übrige Fleisch gewandert ist, muß die Untersuchung ergeben. In Arbeiterkreisen erzählt man sich schon lange, daß die Stammgäste im Volkshaus sehr gute Happen zu essen bekommen, ohne Marken abgeben zu müssen. Auch wird erzählt, daß schon Schweine von den Stammgästen verzehrt worden seien. — Zu dieser Angelegenheit veröffentlicht die „Volkstimme“ eine Zuschrift des Ernährungsamtes des A. und S. Rates, in der gesagt wird, daß die Anzeige gegen das Chemnitzer Volkshaus weder beim Kriegswirtschaftsamt, noch beim Ernährungsamt des A. und S. Rates eingegangen ist. Diese beiden Ämter könnten schon deshalb die Untersuchung garnicht zugunsten des Volkshauses beeinflussen, weil sie überhaupt nichts davon wußten. Die Anzeige war bei der Polizeibehörde erfolgt, die mit Eifer die Untersuchung betreibt.

Erzgebirge, 5. Febr. Die Pockenkrankungen nehmen noch immer nicht ab. Der Rat hat sich darum veranlaßt gesehen, 60.000 Mark bereitzustellen zur Errichtung von Baracken für Pockenranke auf dem Gelände des Johannisbader Krankenhauses. — Die städtischen Arbeiter, insbesondere auch die in den Gas- und Elektrizitätswerken, sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern einen Stundenlohn von 2 Mk. für gelernte und von 1,75 Mk. für ungelernete Arbeiter und einen Zuschlag von 30 Pfg. zu den bisherigen Löhnen der Arbeiterinnen. Der Gegenantrag des Rates wurde von einer Arbeiterversammlung abgelehnt. Annahme unterliegt die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss.

Leipzig, 5. Febr. Auf dem hiesigen Augustusplatz kam es heute vormittag zu einer Demonstration von Arbeitslosen, die verschiedene sehr weitgehende Forderungen aufstellten, die dem Oberbürgermeister unterbreitet werden sollten. Ein etwa 1000 Personen starker Zug der Demonstranten bewegte sich dann zum Rathaus, wo von einem Redner der Spartakusgruppe die Bewaffnung der Arbeiterschaft und Bildung einer Roten Garde gefordert wurde. Eine Aufforderung zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Bürgerwehr durch Festnahme angelegener Bürger als Geiseln wurde beifällig aufgenommen. Dann drang eine große Anzahl von Demonstranten in das Rathaus ein, denen gegenüber ein Stadtrat die Bereitwilligkeit des Rates erklärte, die Forderungen der Arbeitslosen an die Regierung weiterzugeben. Die Absicht des Oberbürgermeisters, an die Demonstranten eine Ansprache zu richten, wurde durch den herrschenden Lärm und Tumult unmöglich gemacht. Schließlich gelang es einem Führer der Unabhängigen, die Menge zum Verlassen des Rathauses zu bewegen.

Chemnitz, 5. Febr. Vor einigen Tagen wurden hier dem Gutsbesitzer Weber aus Frauendorf, als er im Gutsbesitzerstand, Schleifhandelsware abzusehen, folgende Lebensmittel weggenommen: 3 Stück geräucherter Speck (Seiten), 2 geräucherter Schinken, 3 Stück geräucherter Fleisch, zusammen 110 Pfund, 3 Stück geschlachtete Hühner, 1 Hühnerkäse, 8 1/2 Stück Butter, 35 Stück Eier, 2 Säcken Weizenschrot, 1 Zentner

Haser, 1 Zentner geschroteten Haser, 1 Stollen und ein halbes Brot. Ueber die beschlagnahmten Waren verfügt der Bezirksverband.

Rehwein, 5. Febr. Das 4jährige Söhnchen einer hiesigen Arbeiterfamilie hatte sich in Abwesenheit seiner Mutter am Ofen beschäftigt. Hierbei waren durch herausfallende glühende Kohlen die Kleider des Kindes in Brand geraten. Der Kleine starb unter großen Schmerzen an den erlittenen schweren Brandwunden.

Werdau, 5. Febr. Am Sonnabend nachmittag versuchte ein von zwei Soldaten transportierter Arrestant in der Nähe des Amtsgerichts zu entfliehen. Da der Flüchtling auf wiederholtes Haltrufen nicht stehen blieb, gab ein Soldat einen Schuß ab, der als Querschläger den Flüchtling am Oberschenkel traf und schwer verletzte. Der Verhaftete soll sich als Geliebter ausgegeben und sich auch sonst strafbar gemacht haben. Ein junges Mädchen in einem Nachbarort hat sich erst dieser Tage mit dem Schwimmbler verlobt.

Zwidau, 5. Febr. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Fabrikanten Hermann Julius Pöfer in Meerane, Mitinhaber der Kammgarnweberei Hochmann, Pöfer u. Co., wegen häufigen Kettenhandels mit fertig bezogenen Webwaren zu 8000 Mark Geldstrafe. Pöfers Verdienst an den verbotenen Geschäften betrug über 46.000 Mk.

Aue, 5. Febr. Beim Robeln üblich verunglückt ist gestern Abend die 21jährige Frieda Zeidel aus Auerhammer. Sie kippte mit dem Schlitzen um. Der Tod ist infolge Herzschlags, verursacht durch innere Zerreißungen, eingetreten.

Geyer, 5. Febr. Mit der Begründung, das neue Stadtverordneten-Kollegium könne den Wunsch haben, neue Stadträte zu wählen, legten die bisherigen hiesigen Stadträte freiwillig ihr Amt nieder.

Virna, 5. Febr. Ein sonderbarer Zettel wurde bei der Stimmenausschüttung in einem hiesigen Wahllokal einem Umschlage entnommen; es war eine — gültige Reisebrotmarke!

Rommels, 5. Febr. In den benachbarten Ortschaften Wiesa und Bernsdorf ist je ein Fall von schwarzen Pocken festgestellt worden.

Depeschen vom 6. Februar.

Berlin. Die der T. A. aus Jülichau gesendet wird, ist dort die Lage unverändert. Große Truppenmengen sind eingetroffen, um den Grenzschutz zu verstärken. Der Belagerungszustand ist über Jülichau verhängt worden.

Königsberg. Die aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, ist Talsy (etwa 60 Kilometer von der ostpreussischen Grenze) am 3. Februar von korean regulären und örtlichen Volkswachen besetzt worden, von denen Teile nach Süd und Ost marschierten.

Hamburg. Die Arbeitsniederlegung der Belegschaft ist nach zufriedenstellenden Zusicherungen des A. und S. Rates beendet.

Kiel. Wie die T. A. berichtet, ist die Lage in Bremen gestern und heute ruhig. Heute ist die U. A. West ohne Widerstand der Spartakisten besetzt worden, womit auch der Rest der Stadt von den Truppen der Division Gerstenberg besetzt ist. Die Spartakisten haben zum großen Teil die Waffen abgegeben. Andere Teile haben sich nach Plümenbain an der Weier zurückgezogen. Die Division Gerstenberg erhielt bedeutende Verstärkungen. Die Verluste auf beiden Seiten betragen 21 Tote und 95 Verwundete. Die Reitertruppen haben auch die umliegenden Ortschaften besetzt.

Wesel. Die Stadtverwaltung befindet sich vollständig in den Händen der Spartakisten, die das Rathaus von einer großen bemanneten Truppenmacht besetzt halten. Der Proteststreik der Beamten und städtischen Arbeiter gegen den Terror der Spartakisten hält an. Die Stadt ist seit gestern ohne Wasser und zum größten Teil ohne Licht. Da auch der Polizeidienst ruht, durchziehen starke Militärwachen die Straßen. Zurzeit herrscht Ruhe.

Oberhausen. Da die seit langem befürchtete Mindermannen-Lösung geworden sind, ist in Oberhausen der Belagerungszustand verhängt worden. Der Aufenthalt auf der Straße nach 9 Uhr abends ist verboten.

Zweigverein Hohenstein-Ernstthal vom Roten Kreuz.

Geschäftsstelle: Hohenstein-Er., Schloßstraße 84 — Ortsstelle der Nachrichtenstelle für Verletzte im Felde, Aufstellungsstelle vom Roten Kreuz, Leipzig — befaßt sich mit der

Nachforschung nach Vermissten und Gefangenen, Verwundeten und Kranken, erteilt mündliche und schriftliche Auskünfte über alle Angelegenheiten der im Felde Stehenden und gibt Nachricht über Gefallene.

Ferner: Annahme von Paketen, die inkalkül nach Verschrift geprüft und dann verpackt an Gefangene weiterbefördert werden, läßt richtige Adressen für die Feldpost, namentlich für Pakete nach dem Auslande, schreiben und

erleichtert sich zur Weiterbeförderung von Geldbeträgen an Gefangene. Verlasteten, ebenso Bilderlisten unermittelt Verlorener, sowie Bergeschäfte unermittelter Nachlaß- und Familien liegen zur Entschädigung an.

Die Geschäftsstelle Schloßstraße 84 ist von 9—12 Uhr vormittags und 3—4 Uhr nachmittags und Sonntags nur vormittags von 9—12 Uhr.

